

# DREI PAKTE FÜR EIN ANDERES EUROPA

*Wir fordern einen europäischen Demokratie-, Sozial- und Einkommens- sowie Gerechtigkeitspakt statt Sozialabbau und Entdemokratisierung. Dieser Vorschlag soll die Diskussionen anregen bzw. einen Rahmen geben. Die genannten Punkte sind beispielhaft zu verstehen und als inhaltlicher Impuls für den europäischen zivilgesellschaftlichen BürgerInnenkonvent gedacht.*

## Demokratiepakt

- **EU-Institutionen demokratisieren:** Das EU-Parlament wird gegenüber Kommission und Rat aufgewertet und darf beispielsweise selbst Gesetze initiieren. Es wählt auch die EU-Kommission, um deren demokratische Legitimation zu stärken. In der Europäischen Zentralbank (EZB) bestimmen nicht länger die Finanzeliten, sondern VertreterInnen der Gesamtgesellschaft die Geldpolitik mit. Aufgaben und Ziele der Institutionen sind grundlegend zu überarbeiten.
- **Partizipation stärken:** Die EU-BürgerInnen erhalten breite Möglichkeiten, sich am politischen Prozess zu beteiligen, etwa über europäische Volksabstimmungen und Beteiligungsprozesse bei Gesetzgebungsverfahren.
- **Wirtschaftspolitik demokratisieren:** Die EU-Wirtschaftspolitik berücksichtigt die Interessen aller Bevölkerungsgruppen, nicht nur die von Konzernen. Statt Lobbying gibt es transparente, partizipative und verbindliche Entscheidungsprozesse, in denen die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen (Gewerkschaften, NGOs etc.) vertreten sind.
- **Europa neu begründen:** Die EU-BürgerInnen entscheiden in einem demokratischen Konvent selbst über die Zukunft der europäischen Integration. Ein Vorschlag, wie ein solcher demokratischer Konvent der BürgerInnen genau ablaufen kann, wird im Rahmen des zivilgesellschaftlich organisierten Diskussionsprozesses erarbeitet.

## Sozial- und Einkommenspakt

- **Sozialstaat absichern:** Das europäische Erfolgsmodell, das einen breiten Teil der Bevölkerung am Wohlstand beteiligt, wird in den EU-Verträgen verankert. Der Ausbau sozialer Rechte und wohlfahrtsstaatlicher Leistungen wird in einem auf europäischer Ebene koordinierten Prozess vorangetrieben.
- **Soziale Sicherungssysteme ausbauen und Sozialstandards sichern:** Bei der sozialen Absicherung gelten hohe Mindeststandards, die von europäischen Institutionen überwacht werden. Soziale Transfers (u. a. auch in Form eines Grundeinkommens) in ausreichender Höhe garantieren allen Menschen in Europa ein würdiges Leben. Ein Beispiel ist die Einführung eines europäischen Systems der Arbeitslosenversicherung.
- **Gewerkschaftsrechte garantieren:** Die verschiedenen Rechte von ArbeitnehmerInnen, etwa sich zu organisieren und ihre Interessen zu vertreten, werden ausgebaut und in den EU-Verträgen abgesichert.
- **Lohn- und Sozialdumping beenden:** Die Koordination im Sozial- und Einkommensbereich sichert faire Sozialstandards und Löhne in allen EU-Staaten. Eine wichtige Maßnahme in diese Richtung sind ein europäischer Mindestlohn und Regeln für Lohnabschlüsse, die gewährleisten, dass die Löhne zumindest im selben Ausmaß wie die Produktivität steigen.

- **Gute Arbeit fördern und Arbeit FAIRteilen:** Statt prekären werden hochwertige Jobs – was Arbeitsbedingungen wie Entlohnung betrifft – gefördert. Durch eine EU-weite Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich wird Arbeit gerechter verteilt.
- **Öffentliches Pensionssystem stärken:** Die Zukunft der öffentlichen, umlagefinanzierten Daseinsvorsorge wird solidarisch gesichert.

## Gerechtigkeitspakt

- **Staatsfinanzierung von Finanzmärkten abkoppeln:** Um öffentliche Aufgaben dem Druck der Finanzmärkte zu entziehen, finanziert die EZB unter bestimmten Bedingungen die öffentliche Kreditaufnahme direkt über die nationalen Regierungen.
- **Steuerbasis sichern:** Die Staaten schreiben Mindestsätze für Steuern auf Vermögen, Kapitaleinkommen und Unternehmensgewinne fest. Damit beenden sie das Steuerdumping in Europa und stellen sicher, dass alle gesellschaftlichen Gruppen ihren Beitrag zum Gemeinwohl leisten.
- **Vermögende in die Pflicht nehmen:** Eine einmalige Vermögensabgabe für die Reichsten 1% sowie dauerhafte Vermögenssteuern bauen die in der Krise entstandenen Staatsschulden ab, reduzieren die Ungleichheit und stellen die Finanzierung öffentlicher Aufgaben sicher.
- **Steueroasen schließen:** Die EU-Staaten gehen entschlossen gegen Steueroasen vor und beschränken den Kapitalverkehr dorthin. So werden diese geschlossen bzw. zu umfassender Steuerkooperation gezwungen.
- **Finanzmärkte regulieren und verkleinern:** Finanzsektor und Banken werden mittels umfassender Regulierung der Realwirtschaft untergeordnet. Eine Finanztransaktionssteuer dämmt die Spekulation ein. „Too big to fail“-Banken werden zerteilt und ein geregeltes Insolvenzrecht für Banken stellt sicher, dass die EigentümerInnen und nicht die SteuerzahlerInnen für Bankenpleiten zahlen.
- **Binnennachfrage stärken und EU-Finanzausgleich schaffen:** Höhere Einkommen und Sozialleistungen stärken die Nachfrage in Europa und damit die Wirtschaft. Höhere Transfers bringen alle Teile Europas langfristig auf dasselbe wirtschaftliche Niveau.
- **EU-Wirtschaft ökologisieren:** Die EU-Staaten sorgen für einen sozialen und ökologischen Umbau ihrer Wirtschaft und schützen die Länder des globalen Südens vor der ungehinderten Ressourcenausbeutung durch europäische Konzerne.